

---

Peter Seideneck

---

## **Gewerkschaften in Ex-Jugoslawien:** Zwischen Krieg, Nationalismus, Repression und Erneuerung

---

Peter Seideneck, geb. 1941 in Bielefeld, Ausbildung als Journalist, Referent für Europäische Gewerkschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand (1976-79; 1988-93), Leiter des Büros Heinz O. Vetter (1979-83), ist Berater des EGB-Generalsekretärs in Brüssel.

Während sich andernorts in Ost- und Mitteleuropa die Gewerkschaften den mit dem Systemwechsel verbundenen Herausforderungen zu stellen versuchten, und sich entweder auf den Weg demokratischer Reformen begaben oder alternative gewerkschaftliche Strukturen entstanden, sind die Gewerkschaftsbewegungen in den Nachfolgerepubliken Jugoslawiens bis heute und noch auf absehbare Zeit mit einer ganz anderen Kategorie von Problemen konfrontiert: mit dem Krieg, seinen Ursachen und seinen über den Friedensabschluß noch weit hinausreichenden Folgen. Der Versuch, über einen gesamtjugoslawischen Gewerkschaftsbund etwas zusammenzuhalten, was

auseinanderfiel, scheiterte endgültig auf dem letzten Kongreß des Bundes im Jahre 1990. Zwar wurde auf diesem Kongreß noch einmal ein „gesamtjugoslawischer“ Vorsitzender gewählt und der Anspruch des Bundes auf Vertretung der Gewerkschaften aller Republiken aufrechterhalten, die Wirklichkeit entlarvte diesen Anspruch jedoch schnell als Fiktion.

Wie tief die Brüche waren, zeigte sich bereits auf einem internen, mit erheblichen Sicherheitsvorkehrungen verbundenen Treffen der Vorsitzenden der Gewerkschaftsbünde aus allen Republiken des ehemaligen Jugoslawien, das im November 1991 auf Einladung des Europäischen Gewerkschaftsbundes in Brüssel stattfand. An diesem Treffen nahmen 27 Vertreter von neun Bündeln teil. Wie gering die Bindekraft des formal noch bestehenden gesamtjugoslawischen Bundes (Bund der Autonomen Gewerkschaften Jugoslawiens - SSJ) war, zeigte sich im Vorfeld der Konferenz. Der Vorsitzende des Bundes, Momo Colakovic, kündigte an, seine Organisation werde die Vertreter „aller seiner Mitgliedsorganisationen“ benennen (also auch die der kroatischen und slowenischen Gewerkschaften). Dieser Anspruch konnte nicht mehr eingelöst werden: Der jugoslawische Bund sprach nur noch für die Gewerkschaften Serbiens (einschließlich der Gewerkschaften der Vojvodina und der serbischen Gewerkschaften des Kosovo, zwei Regionen, die mittlerweile ihren Autonomiestatus, den sie zu Titos Zeiten besaßen, eingebüßt hatten), Montenegros und sehr eingeschränkt für die Gewerkschaften Mazedoniens und Bosnien-Herzegowinas.

Das Treffen fand zu einem Zeitpunkt statt, als Slovenien die Aggression der Jugoslawischen Volksarmee gerade überstanden hatte, und die Aggression gegen Kroatien begann. Der damalige stellvertretende Vorsitzende des Rates der Autonomen Gewerkschaften Kroatiens (SSSH), Miljenko Cimesa (ein Serbe, der später von seinem Amt abgelöst wurde), schrieb in seiner Antwort auf die Einladung des EGB: „Leider müssen wir Euch darüber in Kenntnis setzen, daß die tragischen Ereignisse in Kroatien eine Katastrophe mit weitreichenden Konsequenzen provozieren können (...). Europa sollte alle seine Potentiale einsetzen und seine Mechanismen und Institutionen mobilisieren, um zu einer Überwindung der Probleme in Jugoslawien beizutragen (...). In den vergangenen Monaten hat die Europäische Gemeinschaft erhebliche Vorbehalte gegenüber der neuen kroatischen Regierung geltend gemacht. Diese Vorbehalte richten sich gegen einen nicht funktionierenden Rechtsstaat, auf den Mangel an Demokratie, an Bürgerrechten und am mangelnden Respekt vor den Rechten der Minderheiten. Dieser Aufzählung könnte man noch Restriktionen gegenüber individuellen und kollektiven sozialen Rechten hinzufügen. Wenn wir dies feststellen, so erkennen wir teilweise die Berechtigung dieser Vorbehalte an. Aber wir denken, daß die aus diesen Tatsachen von den demokratischen Kräften in Europa gezogenen Schlußfolgerungen falsch sind, weil sie den noch schwachen demokratischen Kräften in Kroatien nicht helfen werden“.<sup>1</sup>

Der Sekretär des Slowenischen Gewerkschaftsbundes (Bund der Freien Gewerkschaften Sloweniens - ZSSS), Rajko Lesjak, schrieb in seiner Antwort auf die Einladung: „Wir teilen unseren Entschluß mit, an diesem Dialog teilnehmen zu wollen und damit einen Beitrag zur Herstellung des Friedens in Jugoslawien und zum Abbau der schweren wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Krieges in Kroatien leisten zu wollen. Der ZSSS hat inzwischen zwei Aktionen gestartet: eine Geldsammlung für die kroatischen Arbeiter und ihre Familien (und die) Unterzeichnung einer Deklaration für den Frieden, die wir an die Gewerkschaften in Österreich, Italien, Ungarn und an den Europäischen Gewerkschaftsbund gesandt haben.“<sup>2</sup>

---

1 Schreiben an den Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes Emilio Gabaglio vom 21. September 1991.

2 Brief an Gabaglio vom 4. Oktober 1991.

Der jugoslawische Bund versuchte, den mittlerweile auf kroatischem Territorium entstandenen „Bund der Gewerkschaften der Krajina“ auf die Einladungsliste des EGB zu setzen. Der Vorsitzende dieses „Bundes“, Ilija Smiljanic, bat um eine Einladung und schrieb: „Ich bitte zu prüfen, ob wir eine offizielle Einladung nach Brüssel erhalten können. Wir haben dabei die Unterstützung des Bundes der Autonomen Gewerkschaften Jugoslawiens und des Serbischen Gewerkschaftsbundes (dem ersten gehören wir an, beim zweiten sind wir assoziiert)“.<sup>3</sup> Dieser Vorgang bestätigte die Kritik derer, die dem jugoslawischen Bund vorhielten, er habe sich von Anfang an auf der Linie des serbischen Präsidenten Milosevic befunden und sei Erfüllungsgehilfe dieser Politik geworden.

Ein besonderes Problem stellte für den jugoslawischen Bund die Einladung an den Bund der Unabhängigen Gewerkschaften des Kosovo, BSPK, dar. Diese Organisation, formal multi-ethnisch, de facto aber eine Vereinigung albanischer Arbeiter aus dem Kosovo, war als Antwort auf die zunehmenden serbischen Repressionen entstanden und der gewerkschaftliche Arm der albanischen Demokratischen Liga Ibrahim Rugovas. Zum „Ausgleich“ wurde der Vorsitzende des „Rates der Gewerkschaften des Kosovo“, Momir Popovic, eingeladen. Diese Organisation ist faktisch eine regionale Struktur des serbischen Gewerkschaftsbundes im Kosovo.

Neben den Nachfolgeorganisationen der ehemaligen Gewerkschaften der jugoslawischen Republiken nahmen - abgesehen vom Sonderfall BSPK-Kosovo - auch neue alternative Gewerkschaftsbünde teil, die sich in Abgrenzung oder Opposition zu den Nachfolgeorganisationen gebildet hatten: Neodvisnost (Slowenien), der Bund Unabhängiger Gewerkschaften Kroatiens (KNSH) sowie Nezavisnost (Serbien).

Die Konferenz, die ohne jede Öffentlichkeit stattfand, sollte vor allem klären, inwieweit gewerkschaftliche Zusammenarbeit in der Region des ehemaligen Jugoslawien noch möglich war und ob mit Hilfe des EGB Kontakte aufrechterhalten werden konnten. Doch zeigte der Verlauf der Gespräche bald die Grenzen möglicher Vermittlungen auf: Die Bruchlinien verliefen entlang des serbischen Hegemonieanspruches. Der „jugoslawische“ Bund war sichtbar zum Instrument dieses Anspruches geworden und verfügte über keinen realen Einfluß, der ihm eine Mittlerrolle möglich gemacht hätte. Die Vertreter der kroatischen und slowenischen Gewerkschaften standen unter dem Eindruck der militärischen Aggression und hatten sich längst aus dem jugoslawischen Verbund gelöst. Vor allem der Vorsitzende des Bundes der Gewerkschaften Bosnien-Herzegowinas, Sulejman Hrle (der ihn begleitende serbische Sekretär des Vorstandes, Volas Cedo, wechselte Monate später die Seiten und wurde Vorsitzender der Gewerkschaften im serbisch okkupierten Banja Luka) warnte vor einer weiteren Ausdehnung des Krieges auf andere Teile des ehemaligen Jugoslawien und prophezeite das, was dann über die Republik hereinbrach, die am längsten an der Nationalitätenvielfalt festgehalten hat.

Die beiden Vertreter des serbischen Gewerkschaftsbundes Nezavisnost, der im Jahre 1990 als alternativer demokratischer Gewerkschaftsbund Serbiens gegründet wurde, brachen mit der Logik der nationalistischen Politik des serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic und verurteilten die Aggression der Jugoslawischen Volksarmee auf Slowenien und Kroatien. In den Kulissen des Treffens brachte ihnen diese couragierte Haltung kaum verhüllte Drohungen für den Zeitpunkt ihrer Rückkehr nach Belgrad ein. Die Position von Nezavisnost beschrieb ihr jetziger Vorsitzender, der ehemalige Journalist von Radio Belgrad, Branislav Canak, wie folgt punktgenau: „Wenn wir nur 10000 Mitglieder hätten, weil wir gegen den Krieg, gegen ‚ethnische Säuberungen‘ und gegen den Nationalismus aufgestanden sind, wäre es immer noch richtig

---

<sup>3</sup> Fax vom 25. Oktober 1991 an Gabaglio.

gewesen, für das weiterzukämpfen, an das wir glauben. Die Zukunft gehört uns und nicht den nationalistischen Demagogen."<sup>4</sup>

Wenn auch die Brüsseler Tagung ohne Zwischenfälle zu Ende gebracht werden konnte und am Ende jeder mit jedem gesprochen hatte, so war doch klar geworden, daß der Versuch, ein „Dialog-Netzwerk“ zu bilden, das den „jugoslawischen Krieg“ überdauert hätte, gescheitert war. Die einen hielten an der Fiktion vom einigen Jugoslawien fest und wollten damit auch ihren Hegemonieanspruch aufrechterhalten. Für sie war das, was in Slowenien und Kroatien stattfand, widerrechtliche Sezession - zu Recht bekämpft durch die Jugoslawische Volksarmee. Die anderen schließlich sahen sich einer massiven Aggression gegenüber und hatten ihren Schlußstrich unter das Kapitel Jugoslawien gezogen. Und die dritten schließlich, die albanischen Gewerkschafter aus dem Kosovo, suchten verzweifelt um Aufmerksamkeit für ihre Lage, weil sie - damals zu Recht - fürchten mußten, daß die internationale Aufmerksamkeit sich zunehmend auf den Brennpunkt Krieg richten würde und das Milosevic-Regime in aller Stille die serbische Dominanz gegen die Interessen der albanischen Mehrheit im Kosovo fortsetzen könnte. Vor diesem Hintergrund traten Fragen, die die soziale und wirtschaftliche Lage, aber auch die der Demokratie betrafen, zurück. Die Gewerkschaften der Republiken des auseinandergefallenen Jugoslawiens waren in der Logik des Krieges gefangen und hofften - vergeblich - auf Hilfe aus dem Europa der Gemeinschaft.

#### Kein Frieden ohne demokratische Entwicklungen

Der derzeit beginnende Friedensprozeß kann Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden nur dann schaffen, wenn er mit einer umfassenden Demokratisierung fortgesetzt wird. Doch sind weder der kroatische Präsident Tudjman noch der serbische Präsident Milosevic wegweisende demokratische Hoffnungsträger. Der bosnische Filmregisseur Emir Kusturica („Underground“) sagt dazu: „Manchmal denke ich: Tito ist gar nicht tot, er lebt in zweifacher Verkörperung weiter. Die eine hat die Gestalt dieses sehr gerissenen Fuchses namens Milosevic (...) und die andere die Karikatur eines lateinamerikanischen Junta-Generals namens Tudjman.“

Sowohl die serbische wie auch die kroatische Gesellschaft haben keinen tiefgreifenden demokratischen Wandel erfahren, sondern bestenfalls einen Übergang zu einem formalen Pluralismus. Beide Regimes haben den Krieg zu Machtentfaltung und Machterhalt genutzt und praktizieren eine Politik der subtilen Unterdrückung. Dabei ist die Parallelität ihrer Methoden frappierend. Sowohl in Kroatien wie auch in Serbien stehen die Medien unter fast totaler Regierungskontrolle, insbesondere Rundfunk und Fernsehen. So wird denn die Bevölkerung ununterbrochen mit nationaler Folklore (von Jugendlichen spöttisch als „Turbo-Folk“ bezeichnet) und konformen Nachrichten berieselt. Selbst der anfängliche bescheidene Pluralismus der Presse ist durch Regierungseingriffe verkürzt worden, so wurde in Kroatien das wichtigste Oppositionsblatt „Slobodna Dalmacija“ (Freies Dalmatien) durch Kauf auf Regierungskonformität getrimmt; in Serbien mißfiel die ehemalige Parteizeitung „Borba“ (Kampf) den Machthabern so sehr, daß sie kurzerhand die Redaktion entließen und der Einfachheit halber den Informationsminister Dragutin Brcin zum neuen Chefredakteur machten.

Die Lage der Medien ist Ausdruck des demokratischen Entwicklungsstandes der Demokratie. Insbesondere die Gewerkschaften leiden unter diesem Defizit. So haben die kroatischen Gewerkschaften große Probleme, mit ihren Auffassungen und Vorschlägen in die Öffentlichkeit zu kommen -ein Defizit, das sie durch eine ausgebaut

---

4 Übersetzt aus: „Newsletter From The Palme Center. Stockholm. Oktober 1995.“

Gewerkschaftspresse und Informationsarbeit auszugleichen versuchen. Der kroatische Gewerkschaftsbund SSSH, die mit Abstand repräsentativste Organisation, hat im vergangenen Jahr die Möglichkeiten der bezahlten Fernsehwerbung zu nutzen versucht und erwägt derzeit die Beteiligung an einem privaten Fernsehkanal.

In Serbien haben lediglich die regime-konformen Gewerkschaften einen guten Zugang zu den Medien. Das vom Institut für Politische Studien in Belgrad herausgegebene monatliche „Worker Bulletin“ belegt dies fortlaufend durch eine systematische Auswertung der Gewerkschaftsberichterstattung der wichtigsten Zeitungen.<sup>5</sup> Der oppositionelle serbische Gewerkschaftsbund Nezavisnost, dessen Gründung bezeichnenderweise von Journalisten und dem oppositionellen Flügel des serbischen Gewerkschaftsbundes SSS ausging<sup>6</sup>, ist mit einem faktischen Embargo seitens der konformen Medien belegt. Ein Schwerpunkt der Arbeit von Nezavisnost ist deshalb die Unterstützung unabhängiger Medien und Journalisten. Die bei „Borba“ entlassenen Redakteure haben Anfang 1995 unter extrem schwierigen materiellen Bedingungen ihre Arbeit mit der Herausgabe der unabhängigen Tageszeitung „Nasa Borba“ fortgesetzt. Die Herausgabe der Zeitung wird u. a. durch Papiersubventionen der Europäischen Kommission auf Initiative des Europäischen Parlaments ermöglicht.

Unter Kriegs- und Kriegsfolgebedingungen war es für die Gewerkschaften Kroatiens und Serbiens außerordentlich schwer, soziale Interessen zur Geltung zu bringen. Während sich der serbische SSS auf Vermittlung und Verteilung humanitärer Hilfe konzentrierte und sich damit eine gewisse Mitgliederstärke sichern konnte, unternahm Nezavisnost seit seiner Gründung den Versuch, den politischen Kampf für Demokratisierung mit dem sozialen Kampf zu verbinden. Der klare Antikriegskurs brachte den Vertretern dieser Organisation häufig den Verlust des Arbeitsplatzes, die zügige Einberufung zum Militärdienst und die Anprangerung als „Vaterlandsverräter“ in den staatlichen Medien ein. Dennoch gelang es, Bewegung in die gewerkschaftliche Landschaft zu bringen, die sich bei der fälligen Neuordnung der serbischen Gewerkschaftsbewegung als segensreich erweisen kann. Eine wachsende Zahl von Betriebsgewerkschaften - auch in Schlüsselbereichen der serbischen Wirtschaft - hat angesichts des regimetreuen Kurses des SSS unabhängige Strukturen gegründet, die sich zwar dem alternativen Bund Nezavisnost nicht angeschlossen haben, aber mit ihm - zunehmend auch auf dem Gebiet der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit - zusammenarbeiten. Trotz ständiger Eingriffe des serbischen (Geheim-)Polizeistaates<sup>7</sup> haben sich autonome gewerkschaftliche Strukturen entwickelt, zu deren Entfaltung Nezavisnost einen wesentlichen Beitrag geleistet hat.

Daß Nezavisnost diese autonomen Strukturen bislang nur sehr bedingt integrieren konnte, ist vor allem in der prononcierten Anti-Kriegshaltung begründet, die Nezavisnost-Mitglieder eindeutig „abstempelt“, exponiert und sie damit gefährdet. Ein eindeutiges Bekenntnis zu Nezavisnost würde die Mitgliederbasis der teilweise sehr starken Betriebsgewerkschaften gefährden.

#### Montenegro: Gewerkschaften auf der Suche nach neuen Wegen

Die gewerkschaftliche Entwicklung in Montenegro wird in der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu Unrecht vernachlässigt. Sie unterscheidet sich in einigen

5 Worker Bulletin erscheint in englischer Sprache. Bestelladresse: Center for Trade Union Studies, Belgrad, Savski trg 7.

6 Siehe auch Peter Scherrer/Darko Marinkovic. „Nicht alle sind nationalistisch und linientreu - Zur Situation der oppositionellen Gewerkschaften in Serbien“ in: express, 10/95.

7 Siehe auch den Bericht der Vereinten Nationen (Menschenrechtskommission) zur „Lage der Menschenrechte im ehemaligen Jugoslawien“ vom 21. Februar 1994.

Aspekten deutlich von der gewerkschaftlichen Lage in Serbien, vor allem im Hinblick auf den bemerkenswerten Reformprozeß der Nachfolgeorganisation des „alten“ montenegrinischen Gewerkschaftsbundes. Bemerkenswert ist diese Entwicklung auch, weil sie in der Einflußzone der serbischen Politik stattfindet und nicht auszuschließen ist, daß ein Erneuerungsprozeß der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Jugoslawien wesentliche Impulse aus Montenegro erfahren könnte.

Der montenegrinische Gewerkschaftsbund (SSSCG) befindet sich im Unterschied zum serbischen SSS in klarer Konfrontation zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der von der serbischen Politik eindeutig beeinflussten montenegrinischen Regierung. Der gewerkschaftliche Widerstand richtet sich in erster Linie gegen Eigentumsübertragungen innerhalb der alten Elite - zu Lasten der Arbeiterschaft, gegen weitreichende Korruption und Schiebungungen sowie eine damit zusammenhängende zunehmende Kriminalisierung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, während die Lebensbedingungen der Menschen sich stetig verschlechtern.

In den Betrieben wächst die Unzufriedenheit über den Verlauf des Prozesses der Umstrukturierung. Eine Reihe von Unternehmen ist gezielt in den Bankrott getrieben und anschließend von privilegierten Interessenten zu „günstigen Tarifen“ übernommen worden. Mit dieser Strategie bringt die herrschende Nomenklatura schon jetzt wichtige Bereiche der Wirtschaft in ihren Besitz, was ihr die Machtausübung für die anbrechende Zeit der „Marktwirtschaft“ sichert.

Der wirtschaftliche Restrukturierungsprozeß ist eine reine Scheinprivatisierung. 35 Prozent der Aktien gehen zu Vorzugskonditionen an die Belegschaft, die restlichen Anteile werden von Fonds gehalten (Entwicklungs-, Pensions- und Beschäftigungsfonds)<sup>8</sup>, die allesamt unter staatlicher Kontrolle stehen. Die Geschäftsführung liegt in den Händen staatsnaher Manager, die nach den bisherigen Erfahrungen in den meisten Fällen vor allem an der Verbesserung ihrer eigenen Einkommensverhältnisse interessiert sind, während Löhne und Arbeitsplätze auf der Strecke bleiben.

Wie gespannt die Beziehungen zwischen dem Bund, der nach wie vor Mitglied im SSJ ist, und der regierenden Nomenklatura ist, belegen die materiellen Bedingungen, unter denen die Gewerkschaften arbeiten. Das Gewerkschaftshaus in der Hauptstadt Podgorica (früher Titograd) aus den dreißiger Jahren, ursprünglich Eigentum der Arbeiterkammer, dann nach dem Krieg in den Besitz des Bundes der Kommunisten übergegangen und den Gewerkschaften zur Nutzung übereignet, soll nun in das Eigentum des (staatlich kontrollierten) Arbeitgeberverbandes (Wirtschaftskammer) übergehen. Dem Gewerkschaftsbund, Mieter von zwei Etagen, wurde gekündigt. Mittlerweile liegt ein Gerichtsbeschuß auf Räumung vor.

Mit dieser permanenten Repression versucht die Regierung, die Gewerkschaften auf ihren Kurs zu bringen, wenigstens aber unter dauerhafter Bedrohung zu halten, um ihnen so den Elan und die Kraft zur Mobilisierung zu nehmen. Diese subtile Strategie hat allerdings bisher keine sichtbaren Erfolge gehabt. Die Gewerkschaften beharren auf ihrem interessenbezogenen Kurs und organisieren in zäher Kleinarbeit den Widerstand an der gewerkschaftlichen Basis. Trotz des „Embargos“ der Regierung, die nur unter Druck zum Dialog mit den Gewerkschaften bereit ist, verfügt der Bund über erhebliche Unterstützung und moralisches Ansehen in der allgemeinen Öffentlichkeit. Die Gewerkschaften repräsentieren die strukturell gefestigste Opposition gegen ein sehr konservatives und rückwärts gewandtes Regime.

---

<sup>8</sup> In der Agrarkooperative von Bjelo Polje beispielsweise hat es das Management versäumt, die Rentenbeiträge an den Pensionsfonds zu überweisen. Dieser Fonds ist gleichzeitig Miteigentümer des Unternehmens.

Die Stärke des Bundes liegt auch in seiner parteipolitischen Enthaltensamkeit und der strikten Konzentration auf „klassische“ soziale Interessen begründet. Dies sichert seine Kohäsion — besonders wichtig in einem Land mit teilweise radikalisierten nationalen Minderheiten und erheblichen internen Spannungen. Die albanische Minderheit, die in einigen Gebieten des Landes, vor allem an der montenegrinischen Küste die Mehrheit stellt, ist auf sichtbare und überzeugende Weise in die gewerkschaftliche Arbeit integriert. An der montenegrinisch-serbischen Grenze hingegen finden sich Anhänger des großserbischen Nationalisten Vojislav Seselj, die auch in Betrieben und Gewerkschaften ihre Stützpunkte haben. Der montenegrinische Gewerkschaftsbund versucht, in diesem Spannungsfeld seine Einheit zu bewahren, um so möglichst handlungsfähig in die noch bevorstehende reale politische und wirtschaftliche Transformation übergehen zu können. Vor diesem Hintergrund muß eine gewisse Zurückhaltung des Bundes gegenüber dem Krieg in Ex-Jugoslawien beurteilt werden. Dieses Thema ist bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Montenegro mit soviel Emotionen verbunden, daß ein Konsens im Gewerkschaftsbund nur sehr schwer zu erreichen ist.

Aufgrund der Reformpolitik und der regimekritischen Haltung der Gewerkschaften hat sich in Montenegro im Unterschied zur serbischen Situation kein alternativer Gewerkschaftsbund gegründet. Der bereits Ende der achtziger Jahre existierende Reformflügel des jugoslawischen Gewerkschaftsbundes hat sich bislang in Montenegro nicht durchsetzen können. Daß der montenegrinische Gewerkschaftsbund dennoch nicht unter dem Kuratel des „großen Bruders“ in Belgrad steht, beweist er auch durch eine unspektakuläre, aber dennoch erkennbare Zusammenarbeit mit dem oppositionellen serbischen Gewerkschaftsbund Nezavisnost insbesondere bei der gewerkschaftlichen Bildung, wo er, unterstützt auch von der Hans-Böckler-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung, mit dem Belgrader Institut für Gewerkschaftsstudien zusammenarbeitet.

#### Sarajevo: Gewerkschaftsarbeit mitten im Krieg

Für die westeuropäische gewerkschaftliche Öffentlichkeit war gewerkschaftliche Arbeit in der belagerten Stadt Sarajevo kaum vorstellbar. Und dennoch hat der bosnisch-herzegowinische Gewerkschaftsbund in den drei Jahren der Belagerung und der Isolation seine Arbeit fortgesetzt - in einem teilweise zerstörten Gewerkschaftshaus in der Innenstadt von Sarajevo.

Im Zentrum der gewerkschaftlichen Arbeit des Gewerkschaftsbundes von Bosnien-Herzegowina standen vor allem:

- die Organisierung humanitärer Hilfe,
- die Verbesserung der Versorgungslage der Bevölkerung durch Einflußnahme auf die Politik,
- die Aufrechterhaltung minimaler gewerkschaftlicher Strukturen und Kontakte,
- die Entwicklung internationaler Zusammenarbeit durch die Wiederaufnahme internationaler Kontakte, somit
- das Festhalten am „multi-ethnischen“ Charakter der Gewerkschaften<sup>9</sup>.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen für Gewerkschafter in der belagerten Stadt waren extrem schlecht: Unterernährung, Strom- und Wassermangel, kaum Kommunikationsmöglichkeiten, ständige Bedrohung an Leib und Leben durch die Angriffe der bosnisch-serbischen Milizen.

Die internationale Isolierung konnte im Frühjahr 1993 durchbrochen und damit auch ein verbesserter Zugang zu internationaler gewerkschaftlicher Hilfe erreicht

---

<sup>9</sup> Der Vizepräsident des Bundes ist kroatischer, der Vorsitzende der Organisation in Novo Sarajevo serbischer Herkunft.

worden. Eine dreiköpfige Delegation des Bundes besuchte den EGB in Brüssel und nahm im Rahmen einer Sondersitzung der Exekutive zum Krieg in Bosnien Kontakte zu EGB-Mitgliedsorganisationen sowie zu den internationalen Gewerkschaftsbünden IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften) und WVA (Weltverband der Arbeitnehmer) auf. Der Bund wurde in das EGB-Forum aufgenommen (dem Gewerkschaften aus allen Nachfolgestaaten Jugoslawiens angehören), er erneuerte seine Beziehungen zu den Gewerkschaften Kroatiens, Sloveniens und Mazedoniens und führte im Rahmen verschiedener EGB-Aktivitäten Gespräche mit dem Bund der unabhängigen Gewerkschaften des Kosovo, der serbischen Nezavisnost und dem montenegrinischen Bund. Der Vorsitzende des Bundes von Bosnien-Herzegowina, Sulejman Hrlje, wurde vom damaligen Kommissionspräsidenten Jacques Delors empfangen. Am 1. Mai 1994 kamen zu einer ersten öffentlichen Kundgebung, die der Bund gemeinsam mit den Generalsekretären von EGB, IBFG und WVA durchführte („Für einen gerechten Frieden - Für Demokratie und Menschenrechte - Für Arbeit in Würde“), 5000 Menschen zusammen und dies, obwohl am Vorabend Karadzic mit einer Beschießung der Kundgebung gedroht hatte. Und am 1. Mai 1995 sprach auf der Kundgebung in Tuzla, einer Stadt, in der nach wie vor Bosnier, Kroaten und Serben zusammenleben, der EU-Administrator Hans Koschnick.

Die Lage der Gewerkschaften in Bosnien-Herzegowina war nicht mehr die große Unbekannte für die Gewerkschaften Westeuropas. Konkrete Hilfe und bilaterale Kontakte entwickelten sich allerdings anfangs nur sehr zögerlich, was sowohl auf die gelegentliche Unbeweglichkeit eingefahrener gewerkschaftlicher Apparate, aber auch auf erhebliche logistische und Kommunikationsprobleme zurückzuführen war.

Auf Vorschlag des Gewerkschaftsbundes von Bosnien-Herzegowina begann der EGB am 1. Mai 1995 ein gewerkschaftliches Reintegrationsprojekt in Mostar, mit dem Ziel, gewerkschaftliche Strukturen wiederaufzubauen und Gewerkschafter aus beiden Teilen der Stadt zusammenzuführen. In beiden Teilen der Stadt arbeiten lokale Koordinatoren, unterstützt von einem EGB-Beauftragten. Dieses in seiner Anfangsphase von der Friedrich-Ebert-Stiftung geförderte Projekt ist von den nach wie vor komplizierten politischen Verhältnissen in der Stadt belastet. Die kroatische Seite (Westmostar) behindert jeden Versuch, der auf Reintegration der beiden Stadtteile (und Bevölkerungsgruppen) gerichtet ist, und bewegt sich in der Logik der Herzegowiner Kroaten („Republik Herceg-Bosna“), die sich in der politischen Praxis bisher jedem Versuch widersetzt haben, die territoriale Integrität Bosnien-Herzegowinas wiederherzustellen. Das im November 1995 in Dayton geschlossene Abkommen zwischen den Präsidenten Tudjman und Izetbegovic, das ausdrücklich die Stadt Mostar einbezieht, muß auch Auswirkungen auf die gewerkschaftliche Situation in der Stadt haben. Unter veränderten Bedingungen kann das Projekt eine wichtige Rolle spielen. Das Gewerkschaftshaus, das sich in dem von serbischen und kroatischen Granaten fast völlig zerstörten Ostmostar befindet, wird im nächsten Jahr, wenn die Vereinbarungen von Dayton eingehalten werden, wieder in Betrieb genommen werden können.

Während des Krieges sind die Kontakte zwischen der Zentrale des Bundes in Sarajevo und den lokalen Gliederungen, aber auch einigen Branchengewerkschaften, die ihren Sitz nicht in Sarajevo haben, nur sporadisch möglich gewesen. Das am 21. November 1995 in Dayton paraphierte Abkommen, dessen verbindliche Ratifizierung für Dezember vorgesehen ist, könnte den schnellen Wiederaufbau der bosnisch-herzegowinischen Gewerkschaften beschleunigen. Entscheidend wird es dabei sein, ob sich die Gewerkschaften in der Bosnisch-Kroatischen Föderation, zu der auch die Stadt Mostar gehören wird, zu einer einheitlichen Organisation zusammenfinden und ob die zu bildenden Gewerkschaften in der geplanten Serbischen Republik Bosnien-Herzegowina sich in eine gesamtstaatliche Konföderation einbinden lassen.



Die nationalen westeuropäischen Gewerkschaften sind gefordert. Sie können sich nicht länger damit begnügen, auf den Frieden und auf die Beantwortung der Frage zu warten, was Gewerkschaften eigentlich im Krieg noch tun können. Das Abkommen von Dayton ist keine Garantie für Frieden. Die Schrecken des Krieges werden nicht über Nacht in Vergessenheit geraten. Das gegenseitige Mißtrauen ist groß. Das Wichtigste sind jetzt der institutionelle und wirtschaftliche Wiederaufbau Bosnien-Herzegowinas und die Beschleunigung des Demokratisierungsprozesses in allen Teilen des ehemaligen Jugoslawien. Dabei können die Gewerkschaften eine wesentliche Rolle spielen. Die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den Nachfolgestaaten Jugoslawiens werden neu geknüpft werden. Diese Entwicklung verlangt auch eine Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften dieser Staaten, denn die nach dem Ende des jugoslawischen Krieges einsetzenden Transformationsprozesse werden erhebliche soziale Probleme zutage fördern, denen sich demokratische, starke und handlungsfähige Gewerkschaften stellen müssen.